Nr. 8 XXVIII. Jahrgang

Sonnabend, 10. Januar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 36, 13 5 97, 17 1 03. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2003. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 22 mm breit, M. 1.20, für das Ausland M. 1.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 6.—. Bei Ziffern- oder Buchstaben 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Bruttopreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif, für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.60, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Das Defensivbündnis Wilhelms II. mit dem Zaren

● Berlin, 9. Januar. Die „Voss. Ztg." veröffentlicht in der Fortsetzung der Kaiserbriefe ein Schreiben, das Kaiser Wilhelm gegen Ende 1904 als Begleitbrief zu dem Entwurf eines formellen Bündnisvertrages zwischen Deutschland, Rußland und Frankreich an den Zaren sandte, ferner zwei Entwürfe zu diesem Vertrag, wovon der eine vom Zaren, der andre vom Kaiser unredigiert worden ist. Bisher mußte man, daß bei den Zusammenkünften von Björkö im Juli 1905 zwischen Wilhelm II. und Nikolaus II. ein Bündnisabkommen abgeschlossen wurde, dessen Inhalt nicht genauer bekannt war. Nunmehr scheint festzustehen, daß die Zusammenkunft von Björkö keineswegs den Gipfelpunkt, sondern nur einen späteren Ausläufer der politischen Entwicklung darstellt.

Der Vertragsentwurf des Zaren

hat folgenden Wortlaut:

„Ihre Majestäten der Kaiser aller Reußen und der Deutsche Kaiser haben zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa folgende Artikel eines Defensivbündnisses vereinbart:

Artikel 1: Falls eines der beiden Kaiserreiche von einer europäischen Macht angegriffen werden sollte, wird sein Verbündeter mit allen seinen Streitkräften zu Lande und zur See ihm beistehen. Seine Majestät der Kaiser aller Reußen wird die nötigen Schritte unternehmen, um Frankreich in diese Abmachungen einzuweihen, und es verpflichten, sich als Verbündeter anzuschließen.

Artikel 2: Die hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich, keinen Separatfrieden mit irgendeinem gemeinsamen Feinde zu schließen.

Artikel 3: Der gegenwärtige Vertrag bleibt in Kraft, solange er nicht ein Jahr im voraus gekündigt wird.

Geheimartikel: Die hohen vertragschließenden Parteien sind angehalten, gemeinsame Sache zu machen, falls Handlungen, die während des (gegenwärtigen?) Krieges vollzogen worden sind, wie zum Beispiel die Lieferung von Kohlen an einen der Kriegführenden, Reklamationen seitens einer dritten Macht veranlassen sollten, als angebliche Verletzung des Neutralitätsrechts. Aus dem Wortlaut der Alinea 1 des Artikels 1 ergibt sich, daß Deutschland an keiner Aktion teilnehmen werde, die eine feindliche Tendenz gegen Rußland enthalten sollte.

Der Vertragsentwurf des Kaisers:

Ihre Majestäten der Kaiser aller Reußen und der Deutsche Kaiser haben, um den Russisch-Japanischen Krieg möglichst zu lokalisieren, folgende Artikel eines Defensivbündnisses vereinbart.

Artikel 1: Falls eines der beiden Kaiserreiche von einer europäischen Macht angegriffen werden sollte, wird sein Verbündeter mit allen seinen Streitkräften zu Lande und zur See ihm beistehen. Vorkommendenfalls werden die beiden Verbündeten ebenso gemeinsame Sache machen, Frankreich zur Beachtung der Verbindlichkeiten aufzufordern, die es nach dem Wortlaut des französisch-russischen Bündnisvertrages übernommen hat.

Artikel 2: Die beiden hohen Parteien verpflichten sich, keinen Separatfrieden mit irgendeinem gemeinsamen Feinde zu schließen.

Artikel 3: Die Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung ist auch gültig in dem Falle, falls Handlungen, die von einer der beiden hohen vertragschließenden Parteien während des Krieges vollzogen worden sind, wie zum Beispiel die Lieferung von Kohlen an einen der Kriegführenden, Reklamationen seitens einer dritten Macht veranlassen sollte, als angebliche Verletzung des Neutralitätsrechtes.

In dem Begleitschreiben heißt es u. a. noch, daß von dem Entwurf der Vertragsartikel niemand etwas weiß, selbst nicht das Auswärtige Amt. „Bülow und ich haben das persönlich besorgt."

*

Hiermit liegen wohl die wichtigsten der augenblicklich zur Veröffentlichung gelangenden Privatpapiere Wilhelms II. vor. Die Briefe verraten bisher im Grunde nicht viel mehr, als was über des Kaisers Gefühlspolitik bereits bekannt war, die aus maßloser Selbstüberschätzung und einem recht unchristlichen Herabsehen auf die „misera plebs" Deutschlands isolierte Lage vor allem mitverschuldet hat. Auch diese neuen Dokumente lassen nicht viel weitere Schlüsse zu. Sie beweisen, daß Wilhelm II. wohl das Beste gewollt hat, daß er wußte, wie ohnmächtig Deutschland ohne Bundesgenossen war, und daß er diesen immer wieder im Osten suchte. Aus welchen Gründen er wie hypnotisiert nach Rußland starrte, ist noch nicht genügend aufgeklärt. Wohl spielten die nahen persönlichen Beziehungen zum Zaren und die Erinnerung an Bismarcks Politik dabei eine große Rolle, aber vielleicht ebensosehr auch die Abneigung gegen den persönlich ihm sehr überlegenen Eduard von England. Bei einem Bündnis mit Großbritannien, das dem sehnsüchtig übers Meer nach Kolonien ausschauenden Kaiser wünschenswert hätte sein müssen, solange die eigene Flotte zu schwach war, um das überseeische Deutschland zu schützen, konnte Wilhelm keine persönliche Politik treiben. Hier war er auf die Tätigkeit seiner Diplomaten angewiesen. Wenn ihn aber selbst geläuterte, hohe Politik zu treiben — und er hielt sich allein dazu für befähigt —, mußte er sich einen andern Partner suchen, einen, der wig er, freiere Hand im diplomatischen Spiel hatte, und der auch bequemer war, einer, von dem man eher annehmen konnte, daß er sich gebrauchen lassen würde, den eigenen Zwecken zu dienen.

Gewiß war auch bei diesen vorliegenden Bündnisverträgen Wilhelms II. erster Gedanke die Sicherung seiner dynastischen Herrschaft. Anders konnte er gar nicht denken. Deutschland, das deutsche Volk, war ihm, wie aus den Briefen immer wieder hervorgeht, nur eine Sache, seine Sache! Daher dachte er auch bei seinen Bündnisversuchen nicht zunächst an die Interessen des Landes oder des Volkes, sondern an die der Monarchie, der Dynastie. Daß die beiden nicht immer zusammenliefen, ist begründet in ganz andern politischen und wirtschaftlichen Anschauungen, die sich im Volke durchgerungen hatten. Die Entwicklung der deutschen Industrie und des deutschen Handels wiesen auf eine Verständigung mit dem die Meere beherrschenden England hin, während die Monarchie ihren sichersten Rückhalt zu finden glaubte in der Anlehnung an das absolut regierte Zarenreich, das noch einige Jahrhunderte in der Kultur zurückgeblieben war. — So kamen diese dilettantischen Bündnisentwürfe zustande, wie sie hier vorliegen, Entwürfe, die schlecht durchdacht sind und sich im Grunde auf nichts als auf Wünsche aufbauen. Garantien, daß solche Verträge eingehalten würden, oder überhaupt eingehalten werden konnten, wurden gar nicht gesucht. Man wählte Frankreich als den Dritten im Bunde, weil es gerade so schön paßte. Wer aber hätte je daran geglaubt, Frankreich mit Deutschland zusammenzubringen, solange es um Elsaß-Lothringen trauerte? — Der Wunsch war der Vater des Gedankens, die Vernunft und die politische Klugheit aber standen nicht Pate bei diesen Plänen.

Ausdehnung des Streiks im Westen

Das Milliardendefizit der preußischen Staatsbahnen

● Berlin, 9. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der Etat der preußischen Staatseisenbahnen schließt für das Betriebsjahr 1919 mit einem Fehlbetrag von rund 8¼ Milliarden Mark ab.

*

Der Ausstand der Eisenbahnarbeiter im Essener Bezirk hat sich weiter ausgedehnt. Auf dem Bahnhofe Mülheim-Ruhr wird teilweise gestreikt, doch ist der durchgehende Verkehr noch nicht lahmgelegt. Auf dem Dortmunder Hauptbahnhof und ebenso bei der Güterabfertigungsstelle sind sämtliche Arbeiter in den Ausstand getreten. Auch die Arbeit in den Eisenbahnhauptwerkstätten ruht völlig. Der Betrieb wird nur notdürftig aufrechterhalten. Auf der Strecke Dortmund-Hauptbahnhof—Hamm liegt der Betrieb infolge der Ausdehnung des Streiks im Elberfelder Bezirk still. Der Zugverkehr zwischen Witten und Hagen ist völlig unterbunden.

Die Eisenbahnarbeiter von Groß-Duisburg haben in einer Versammlung beschlossen, Freitag früh in den Streik zu treten. Die Notstandsarbeiten sollen ausgeführt werden.

Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes Deutscher Eisenbahnbeamten im Bezirk Elberfeld hat keine Aufforderung zum Streik gegeben, da die Berliner Verhandlungen über den Lohntarif nicht unterbrochen sind. Auch die Arbeiterorganisationen haben weder den Generalstreik noch örtliche Teilstreiks angeordnet. Trotzdem hat der Ausstand der Eisenbahnarbeiter in Düsseldorf und der Ausstand im Bezirk Düsseldorf-Hagen-Hamm seit gestern an Umfang zugenommen. Ein Teil der Unterführer hat sich deshalb an die Spitze der Streikleitung gestellt, um den Verlauf des Ausstandes in geordnete Bahnen zu führen. Der Beamtenausschuß des Eisenbahndirektionsbezirks Elberfeld hat angeordnet: „Beamte und Hilfsbeamte bleiben im Arbeiterstreik bis auf weiteres neutral. Die Entscheidung über die von uns gestellten Forderungen steht noch aus. Milch-, Lebensmittel- und Viehzüge fahren vorläufig unter unsrer Kontrolle."

Aus der Art dieser Verordnung geht deutlich hervor, wie an dieser Stelle sogar in die Lebensmittelversorgung bewußt eingriffen wird. Dabei nehmen die Verhandlungen über den Lohntarif mit den Eisenbahnarbeiterorganisationen, wie amtlich aus Berlin gemeldet wird, auch weiterhin einen guten Verlauf. In den letzten Tagen ist ein Einverständnis über die Bildung der Lohnortsgruppen in den Eisenbahndirektionsbezirken Köln, Saarbrücken, Elberfeld und Essen erzielt worden. Ferner hat eine Einigung darüber stattgefunden, daß der Unterschied im Stundenlohn zwischen den Lohnortsgruppen 20 Pf. betragen soll.

Der Schnellzugverkehr Berlin—Köln wird bisher durch Umleitung der Züge durch das besetzte Gebiet teilweise aufrechterhalten, so daß noch eine Verbindung zwischen Berlin und Westdeutschland besteht. Jede Verbindung Düsseldorfs, wo der Eisenbahnverkehr völlig ruht, mit dem Industriegebiet ist unterbrochen. Die Lebensmittelversorgung Düsseldorfs ist bei längerem Anhalten des Streiks bedroht.

Der Werbeausschuß der sozialdemokratischen Eisenbahner Groß-Berlins veröffentlicht im „Vorwärts" einen Aufruf an alle Eisenbahner, worin es heißt: „Die gewissenlose Hetze zum Streik, die unter der Flagge der Wirtschaftspolitik betrieben wird, ist weiter nichts als eine politische Maßnahme. Sie soll der Einführung des Rätesystems nach kommunistischem Muster auf der Eisenbahn die Wege ebnen. Ein Verkehrsstreik im jetzigen Augenblick wäre ein unverantwortliches Verbrechen am Volke." Man braucht diesen lapidaren Sätzen und ihrer Wahrheit kein Wort hinzuzufügen.

*

Entspannung der Lage?

● Berlin, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche Eisenbahnverband teilt mit: Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat eine vorläufige Abschlagszahlung von 1.10 M. Mehrlohn für die Stunde für alle Handwerker und Arbeiter geleistet. Dadurch ist eine Entspannung der Lage eingetreten.

*

Der Streik der Versicherungsangestellten

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der Versicherungsangestelltenstreik begonnen, doch ist der baldige Abbruch durch Verhandlungen wahrscheinlich. Eine endgültige Erklärung des Arbeitgeberverbandes liegt noch nicht vor, doch nimmt man an, daß das Reichsarbeitsministerium die Parteien zu Verhandlungen zusammenrufen wird. Entsprechend den Beschlüssen der Berliner Organisation der Versicherungsangestellten hat die übergroße Mehrzahl des Bureaupersonals der großen Gesellschaften die Arbeit nicht wiederaufgenommen. Vor den Gebäuden der großen Gesellschaften standen schon in früher Morgenstunde ganze Ketten von Streikposten, die ein Betreten der Bureaus durch Arbeitswillige unmöglich machen wollten. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen der beiden Parteien, in einem Falle sogar vorübergehend zum Handgemenge, so bei der „Züricher Versicherungsgesellschaft" und bei dem Bureau der „Allianz" in der Taubenstraße, deren Angestellte zum großen Teil ebenfalls arbeitswillig waren.

Am Donnerstagvormittag sind die Hallischen Versicherungsangestellten in den Ausstand getreten. Die Angestellten der „Iduna" veranstalteten einen Demonstrationszug nach dem Gewerkschaftshaus.

*

In Dresden

stellen sich sowohl der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände, wie der Gewerkschaftsbund der Angestellten gegen einen vorzeitigen Streik, wie er hier nur von sozialdemokratischen Zentralverband plötzlich inszeniert worden ist. In einer Zuschrift des Gewerkschaftsbundes der kaufmännischen Angestelltenverbände wird offiziell folgendes mitgeteilt: „Der Zentralverband der Angestellten hatte am Donnerstag abend die Angestellten des Dresdner Versicherungsgewerbes zu einer Versammlung nach dem „Karolagarten" einberufen, um zu dem Streikbeschluß im Reiche Stellung zu nehmen. Der Referent Herr Dachselt führte unter anderm aus, daß der Arbeitgeberverband bisher nicht an den Verhandlungstisch zu bringen gewesen sei und unter allerhand Mätchen Verhandlungen abgelehnt habe. — Die Hauptursache liegt aber daran, daß die Arbeitgeber das Ausschalten der übrigen großen Angestelltengewerkschaften durch den Zentralverband nicht billigen konnten. Der Referent rechtfertigte dies damit, daß er die Verbände als „unternehmerfreundlich" bezeichnete. In der freien Aussprache wies Herr Schramm vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband dies energisch zurück und gab bekannt, daß unter dem gestrigen Tage auf Einladung des Reichsarbeitsministers hin eine Sitzung in Berlin stattgefunden habe, in der der Zentralverband nachgeben mußte und eine Einigung aller in Frage kommenden drei großen Angestelltenorganisationen zustande kam. Nachdem dann noch ein Vertreter des Gewerkschaftsbundes der Angestellten sich gegen einen vorzeitigen Streikbeschluß ausgesprochen hatte, ließ der Versammlungsleiter eine Abstimmung darüber herbeiführen, die anwesenden Vertreter der andern Organisationen aus dem Saale zu weisen. Da dieselben dagegen Protest einlegten, ging man sogar so weit, von dem Hausrecht und Gewalt Gebrauch zu machen. Nachdem auch noch ein großer Teil der Versammlungsteilnehmer, die dieses Verhalten nicht billigen konnten, den Saal verlassen hatten, und man hübsch unter sich war, schritt man zur Abstimmung. Das Ergebnis war: 588 Stimmen für, 78 Stimmen gegen den Streik und 11 weiße Stimmzettel sowie eine große Anzahl Stimmenthaltungen. Auf diese Weise wurde auch für Dresden der Streik der Versicherungsangestellten beschlossen und trat bereits heute Freitag in Kraft."

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten, Geschäftsstelle Dresden, schreibt uns: „Wie der Zentralverband der Angestellten die Angestellten zum Streik führt, bewies die am Donnerstag den 8. Januar abends im Karolagarten stattgefundene Versammlung der Versicherungsangestellten Dresdens. Herr Dachselt skizzierte in der dem Z.-V. eigenen Art die Gehaltsbewegung in einer Weise, die den Angestellten kein klares Bild über den Streikgrund brachte, was sich unumstößlich schon daraus dokumentierte, daß in dem Augenblick, da die Versammlungsleitung des Zentralverbands zur Abstimmung schreiten wollte, aus der Mitte der Versammlung heraus um Aufklärung gebeten wurde, aus welchem Grunde gestreikt werden solle.

Der ganze Versammlungsverlauf zeigte erneut deutlich, wie der Z.-V. Stimmung macht und sie auszunutzen versteht. Auch unter den Versicherungsangestellten hat er sich treue Trabanten erzogen, die sich nicht scheuen, selbst handgreiflich zu werden. Die vom Vorstandstisch provozierte Ausweisung der beiden Vertreter des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und der des GKA., die auf den Ernst der heraufbeschworenen Situation hinwiesen, zur Besonnenheit und Rückstellung des Streikbeschlusses mahnten, wurde taktlos und handfest durchgeführt.

Da der Gewerkschaftsbund der Angestellten Vertragskontrahent des abgelaufenen Tarifs ist und an den neuen Verhandlungen selbstverständlich teilnehmen wird, kann man das stille Zusehen des Zentralverbandes zu den Rüpeleien nicht verstehen. Die Beurteilung dieser Versammlungsvorfälle überlassen wir gern den Angestellten. Die erzielten Stimmen für den Streik sind nicht so bedeutend (588), wenn man berücksichtigt, daß 78 dagegenstimmten, 11 sich der Stimmabgabe enthielten und über 150 Versammlungsteilnehmer den Saal vor Abstimmung verließen.

Die Mitglieder des Gewerkschaftsbundes der Angestellten wollen Verhaltungsmaßregeln in der Geschäftsstelle, Ferdinandstraße 11, Fernsprecher 21517, entgegennehmen."

Aus alledem ist jedenfalls das eine ersichtlich, wie leichtfertig man wieder einen Streik herbeigeführt hat in einer Zeit, da jede Arbeitsstörung sich bitter rächen muß an der Gesamtheit, nicht zuletzt natürlich an den Angestellten selber. Hat doch, wie wir zuverlässig erfahren haben, eine große schwedische Firma die weitere Lieferung lebenswichtiger Rohstoffe an alte Kunden in Deutschland abgelehnt mit der Begründung: „Trotz unsern alten freundlichen Beziehungen müssen wir wegen der durch die Machtpolitik der Betriebsräte und Streikgewalt der Arbeiter und Angestellten herbeigeführten Kreditunsicherheit von weiteren Lieferungen für Ihr . . . . . absehen." Auch die Angestellten werden zu spät einsehen, daß es kein Vorwurf ist, „unternehmerfreundlich" zu sein. Nämlich dann, wenn in den Unternehmungen Ruhe herrscht. Kirchhofsruhe.

Die Frage der Teuerungszulagen

Wie das Wolff-Bureau meldet, findet am Sonnabend den 10. Januar im Reichsfinanzministerium eine Besprechung statt über vorläufig zu treffende Maßnahmen wegen der Teuerungszulagen, bis die Besoldungsreform in Kraft getreten ist. An diesen Besprechungen werden die Vertreter der Beamtenschaft teilnehmen. Weiterhin wird in einer auf Montag den 12. Januar festgesetzten Besprechung mit den Gewerkschaften und den andern Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen über eine Neuregelung der Tarif- und Lohnfragen beraten werden.

Staatsbankrott

Von Dr. Julius Reiner

Nicht nur bei uns, auch in den übrigen kriegführenden Staaten haben in der letzten Zeit Berufene und Unberufene ihrem Volke das Gespenst des Staatsbankrotts mit drastischen Farben vorgepaukelt, ohne zu bedenken, daß es eigentlich vor Beginn des Krieges an der Zeit war, ihren Steuerzahlern und Kreditgebern die Gefahren ihres Unternehmens deutlich auseinanderzusetzen. Nachdem sie aber das unterlassen haben, ist es vom Standpunkte der kaufmännischen Moral und der politischen Klugheit geradezu ein Verbrechen, den einmal übernommenen Verpflichtungen sich zu entziehen, das Ansehen des eigenen Staates zu untergraben und Millionen Bürger, die ihre Ersparnisse dem Staate anvertraut haben, ohne wie die Kriegsgewinnler aus der Not des Staates ein Geschäft zu machen, um ihre Hoffnungen zu bringen. Da heißt es, auf Mittel und Wege sinnen, wie man dem Unheil begegnet, anstatt es durch unverantwortliches Reden und Handeln heraufzubeschwören.

Die neuzeitliche Technik der Geld- und Wirtschaftsoperationen ist so reich an Hilfs- und Auskunftsmitteln, daß Staaten, die sich den Luxus eines vierundeinhalbjährigen Weltkrieges leisten konnten, auch die finanziellen Folgen ihres Krieges tragen müssen und können. Allerdings gehört dazu der feste Wille der Regierung, der es aber auch an der nötigen Intelligenz nicht fehlen darf, die richtigen Mittel zu wählen, und noch viel weniger an der Macht, ihre Beschlüsse durchzuführen.

Der erste Grundsatz einer ehrlichen Finanzpolitik ist, keine Ausgaben ohne sichere Deckungsmöglichkeiten zu machen. Dieser Grundsatz wird aber mit einer geradezu strafbaren Fahrlässigkeit bei uns verleugnet, man schwimmt in einem Meere von Schulden, die man mit papiernen Zahlungsmitteln zu bannen glaubt. Diese Vermehrung der papiernen Zahlungsmittel ist eine Gefahr der meisten kriegführenden Staaten. Nach einer Statistik der New-Yorker Nationalbank belief sich der Wert des Papiergeldes, das bis Kriegsende von 15 führenden Weltstaaten herausgegeben worden ist, auf 220 Milliarden Mark, wobei Rußland nicht inbegriffen zu sein scheint, denn es soll nach einer französischen amtlichen Statistik mehr als 450 Milliarden Papiergeld am 15. Juli 1919 im Umlauf gehabt haben. Der nominelle Wert dieser 220 Milliarden Papiergeld soll den Wert alles Goldes und Silbers, das von allen Bergwerken der Welt in den 427 Jahren seit der Entdeckung Amerikas erzeugt worden ist, um 400 Millionen Mark übersteigen. Außer dieser Unsumme des Papiergeldes befinden sich noch Staatsobligationen im Werte von 400 Milliarden Mark im Umlauf, die in den letzten fünf Jahren von den 15 führenden Weltstaaten ausgegeben wurden.

Zu diesen Papierwerten — man könnte ebensogut Papierunwerten sagen — kommen noch die Staatsschulden der Welt hinzu, die von 200 Milliarden Mark vor dem Kriege auf 1050 Milliarden Mark nach dem Kriege angeschwollen sind.

Das Mißverhältnis des Papiergeldes zu dem Goldvorrate der Welt müßte schon genügen, um das Gold als Wertmesser nicht bestehen zu lassen. Dieses Mißverhältnis einerseits und das Festhalten am Golde als Wertmesser ist mit eine der Hauptursachen der zunehmenden Teuerung und dient dazu, um die goldarmen Länder zugunsten der goldreichen noch mehr auszupowern. Denn mit den zunehmenden papiernen Zahlungsmitteln wird ihr Wertverhältnis immer schlechter, weil sie einen immer geringeren Goldbestand als Deckung haben. Dies ist auch der Hauptgrund unsrer Valutaverschlechterung, und solange hier kein Wandel geschaffen wird, ist an eine Gesundung unsres Finanzwesens nicht zu denken.

Der innere Staatsbankrott läßt sich leicht vermeiden, aber wir können es nicht verhüten, daß eines Tages das Ausland unser papiernes Zahlungsmittel ganz zurückweist und unser Goldvorrat nicht mehr ausreicht, um die notwendigsten Auslandswaren damit zu bezahlen.

Nach einer amtlichen französischen Statistik, die für den 15. Juli 1919 abgeschlossen wurde, war das Verhältnis des Goldbestandes zum Banknotenumlauf in

	Goldbestand in Millionen	Banknotenumlauf Franken
Ver. Staaten von Amerika	4628	12 435
Frankreich	5656	34 977
England	2218	1 972
Japan	3523	4 857
Italien	809	9 306
Deutschland	1393	37 272
Spanien	2290	3 584
Holland	1968	2 122
Schweiz	468	884

Diese amtliche Feststellung mag ja für Frankreich, das den größten Goldvorrat aufweist, auf den ersten Blick verlockend sein, aber am Umlaufe der Banknoten gemessen, erweist sich dieser Goldreichtum ziemlich gering. Am besten ist das Verhältnis des Goldbestandes zum Banknotenumlauf in England, daraus erklärt sich der unerschütterliche Weltkredit des Inselreiches.

Aber diese Feststellungen dringen nicht zum Kern des Problems durch. Der Reichtum eines Landes kommt nicht in seinem Goldbestande zum Ausdruck, ebensowenig wie seine Armut aus der Höhe der Verschuldung abgeleitet werden darf. Es sind veraltete Anschauungen, die noch immer am Golde als der Quelle des Reichtums festhalten. Niemand wird ernstlich behaupten können, daß z. B. Spanien, das seinen Goldbestand von 548 Millionen Franken im Juli 1914 auf 2290 Millionen im Januar 1919 gebracht hat, deshalb um dasselbe Verhältnis reicher geworden ist. Es hat nur seine gangbarste Zahlungsmünze vermehrt, aber sein wirklicher Reichtum ist dadurch nicht wesentlich gestiegen, weil seine Produktion nicht in dem Maße gewachsen ist, wie der Goldreichtum.

Der Reichtum eines Volkes beruht hauptsächlich in der Produktion, die er der Weltwirtschaft zuführt. Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten im Juli 1914 nur eine Goldmilliarde in ihren Staatskassen, trotzdem waren sie viel reicher, als z. B. Spanien es heute mit seinem mehr als zweimal so großen Goldbestande ist.

Daher ist auch die Verschuldung eines Staates anders zu bewerten, als man es bislang zu tun pflegt. Die absolute Höhe der Verschuldung sagt nichts, man muß sie auf die Kraft der erwerbstätigen Bevölkerung

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200110/1